

IG Metall KEB Antriebstechnik

Stefan Fischer

(Gewerkschaftsbeauftragter)

[stefan.fischer@igmetall.de](mailto:stefan.fischer@igmetall.de)

Torsten Golde

(Verhandlungskommission, BR-Vorsitzender)

[br@keb-drive.de](mailto:br@keb-drive.de)



An die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Region

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Belegschaft der KEB Antriebstechnik GmbH, haben bei uns im Betrieb eine starke IG Metall aufgebaut, um wie in unserem Schwesterwerk in Barntrup auf Augenhöhe mit dem Unternehmen über unsere Arbeitsbedingungen verhandeln zu können.

Leider müssen wir nach wiederholten Gesprächs- und Verhandlungsangeboten sowie mittlerweile zwei Warnstreiks feststellen, dass sich unsere Geschäftsführung hier vor Ort beharrlich und kontinuierlich jeglichen Tarifverhandlungen verweigert.

Wir wenden uns deswegen heute mit diesem offenen Brief an Sie als demokratisch gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten, um erneut einen Weg zu versuchen, die Eskalationsspirale zu beenden, in die uns das Unternehmen zwingt. Wir gehen davon aus, dass Sie als Teil der politischen Interessenvertretung ein Interesse daran haben müssen, dass wir als Bürgerinnen und Bürger Sachsens fair und gemäß der demokratischen Spielregeln, die wir uns als gesamtdeutsche Gesellschaft gegeben haben, behandelt werden, sowie als Arbeitskräfte dieselbe Behandlung erfahren wie unsere Kolleginnen und Kollegen am KEB-Standort in Barntrup – 35 Jahre nach der Wende ist es dafür allerhöchste Zeit! Wir möchten als Beschäftigte fair und gleich behandelt werden und bitten um Ihre Unterstützung, um die sächsische Wirtschaft durch Mitbestimmung und Tarifverträge zu stärken.

Wir fragen uns: Wie kann es sein, dass ein Unternehmen unser Grundrecht uns zusammenzuschließen, um gemeinsam unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern einfach ohne jedwede Folgen seitens Politik und Gesellschaft ignorieren kann? Mit welcher Begründung soll dieses Grundrecht nicht für uns gelten? Warum ist es offenbar kein Problem trotz der mindestens 7-fachen Anzahl an Kolleginnen und Kollegen im Westen die Arbeitsbedingungen des Flächentarifvertrags Nordrhein-Westfalens anzuwenden, während derselbe Konzern hier im Osten für rund 130 Beschäftigte nicht

mal bereit ist, über einen Haustarifvertrag, der spezifisch auf den Betrieb zugeschnitten wäre, zu verhandeln?

Warum bietet unsere Geschäftsführung jetzt auf einmal Verhandlungen mit dem Betriebsrat an, obwohl dies in der Vergangenheit nie möglich war, und obwohl die Geschäftsführer spätestens nach der letzten Betriebsversammlung genau wissen, dass der Betriebsrat über tarifvertragliche Bestimmungen überhaupt nicht verhandeln kann und am Ende daraus lediglich eine rechtsunwirksame Betriebsvereinbarung resultieren könnte?

Wir fragen uns, wie es sein kann, dass Familien, die seit Generationen in dieser Region verwurzelt sind, die seit Generationen für diesen Betrieb arbeiten, so um ihre gerechte Teilhabe an demokratischen Grundrechten gebracht werden und kein Anrecht haben sollen auf Arbeitsbedingungen, die für ein gutes Leben im Hier und Jetzt sowie für eine sichere Zukunft und eine gute Rente reichen?

Das Verhalten unserer Geschäftsführung ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, vollkommen unverständlich und absolut enttäuschend! Seit über fünf Monaten versuchen wir nun bereits die Geschäftsführung dazu zu bewegen, sich mit uns an einen Tisch zu setzen. Wie oben bereits erwähnt, haben wir wiederholt versucht Verhandlungen zu initiieren. Gleichzeitig hat die völlige Blockadehaltung der hiesigen Geschäftsführung bereits eine Eskalation der Auseinandersetzung in Gang gesetzt, die wir als IG Metall bei der KEB Antriebstechnik nicht nur nicht wollen, sondern auch für vollkommen unnötig und rein ideologisch motiviert halten.

Unser Dachverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund, hat berechnet, dass in Ostdeutschland aufgrund von Tarifflicht beziehungsweise aufgrund der Tatsache, dass das Grundrecht auf das Verhandeln von Tarifverträgen hier noch immer in Abrede gestellt wird, allein für das Jahr 2023 Mindereinnahmen der Sozialversicherungen von 10,3 Milliarden Euro, Mindereinnahmen bei der Einkommenssteuer von 6,4 Milliarden Euro sowie ein Kaufkraftverlust von insg. 14,4 Milliarden Euro entstanden sind. Schon allein dieser Punkt sollte zum Umdenken anregen!

In der Hoffnung, dass Sie die Möglichkeit haben, sich unseres Falles anzunehmen und in Ihrer Funktion den Versuch unternehmen, mit der Geschäftsführung der KEB Antriebstechnik GmbH ins Gespräch zu gehen, um diese Verweigerungshaltung zu überwinden und sich mit uns als IG Metall für Tarifverhandlungen an einen Tisch zu setzen, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen.

Vielen Dank im Voraus!

Ihre Belegschaft der KEB Antriebstechnik

Schneeberg, Juni 2025